

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin
01.11.2019

Noch keine Ergebnisse der afghanischen Präsidentenwahl. Aber erstes Treffen zwischen Taliban und Kabuler Regierung in Sicht

Einen Monat nach der Präsidentenwahl in Afghanistan liegen immer noch keine Ergebnisse vor. Erkennbar ist aber schon jetzt, dass nicht nur die Beteiligung außergewöhnlich niedrig war, sondern dass die Wahl vom 28. September nach rechtsstaatlichen Kriterien annulliert werden müsste.

Laut Plan hätte am 19. Oktober ein vorläufiges Endergebnis bekanntgegeben werden sollen. Wenige Stunden vorher teilte die sogenannte Unabhängige Wahlkommission (IEC) jedoch eine Verschiebung »aus technischen Gründen« mit, ohne ein neues Datum zu nennen. Am 23. Oktober meldete die Kommission, dass die Daten aller Geräte zur biometrischen Wählerüberprüfung (BVV) auf ihrem zentralen Server eingegangen seien. Sie würden nunmehr von Technikern des deutschen Unternehmens Dermalog, das die Geräte geliefert hatte, überprüft. Erfasst seien die Stimmen von 1,9 Millionen Wählern. Da die IEC zuvor berichtet hatte, dass sich 2,7 Millionen Menschen an der Wahl beteiligt hätten, sind offenbar 28 Prozent aller abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt worden. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass viele BVV-Geräte nicht funktionierten oder die Wahlhelfer sie nicht richtig bedienen konnten. In einer unbekanntem Zahl von Wahllokalen scheint es gar keine Geräte gegeben zu haben.

Demzufolge sollen 763.000 Menschen, die die oft mühsamen und gefährlichen Wege zu den Wahllokalen nicht gescheut hatten, nachträglich ihres Stimmrechts beraubt werden. Hinzu kommt, dass ungefähr 3.000 von insgesamt 7.400 Wahllokalen »aus

Sicherheitsgründen« nicht geöffnet wurden. Oppositionspolitiker werfen der Regierung vor, es seien vor allem Lokale in Gegenden geschlossen geblieben, in denen schlechte Ergebnisse für den seit 2014 amtierenden Präsidenten Aschraf Ghani zu erwarten gewesen wären.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge wird sich vermutlich eine offizielle Wahlbeteiligung von 20 Prozent ergeben. Diese Rechnung bezieht sich aber nur auf die 9,66 Millionen Menschen, die in den Wahllisten verzeichnet waren. Allgemein wird jedoch davon ausgegangen, dass mindestens 13,5 Millionen Afghanen wahlberechtigt sind. Vor der Präsidentenwahl 2009 hatte die NATO die Zahl der registrierten Wähler sogar mit 15,6 Millionen angegeben.

Falls keiner der Bewerber für das Präsidentenamt eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewonnen hat, würde eine Entscheidung zwischen den ersten beiden Kandidaten fällig. Nach Plan sollte diese am 23. November stattfinden. Aufgrund der Verzögerung der Auszählung wird jetzt aber damit gerechnet, dass eine Stichwahl erst nach Ende des afghanischen Winters, also ungefähr im späten März 2020, möglich wäre.

Dadurch ergäbe sich eine Phase von mehreren Monaten, in denen der Amtsinhaber ohne demokratische Legitimation weiterregieren kann. Präsident Ghani hat vor einigen Tagen einen »Sieben-Punkte-Plan für Frieden und Aussöhnung« ins Spiel gebracht, mit dem er die diplomatische Initiative gewinnen möchte. Von den seit September 2018 geführten Gesprächen zwischen den USA und den Taliban in Katars Hauptstadt Doha war die Regierung in Kabul ausgeschlossen, weil die Aufständischen es ablehnen, mit ihr zu verhandeln, solange sich ausländische Truppen im Land befinden.

Die Gespräche in Doha standen kurz vor dem Abschluss einer Vereinbarung, als US-Präsident Donald Trump sie am 5. September unterbrach und zwei Tage später sogar für »tot« erklärte. Aber das Leben geht weiter: Am 24. und 25. Oktober kamen Vertreter Russlands, Chinas, der USA und Pakistans in Moskau zusammen, um die Friedensverhandlungen wieder in Gang zu bringen. In einer gemeinsamen Stellungnahme unterstützten sie den Vorschlag Chinas zu einem »innerafghanischen Treffen« in Beijing. Es wäre – nach Begegnungen in Moskau und Doha – das dritte seiner Art, aber vielleicht das erste, bei dem die Taliban die Teilnahme einer Regierungsdelegation aus Kabul akzeptieren würden.